



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Koba

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 18.06.2010

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 24. Juni 2010, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 06.05.2010
2. Mitteilungen
3. Fragestunde
4. **10-F-25-0072**
Durchfahrtsverbot für Lastkraftwagen
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP
vom 07.06.2010

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist vom Hessischen Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz aufgefordert worden, den Luftreinhalteplan (basierend auf § 47 BImSchG) fortzuschreiben und hierbei die Stickoxid- und Feinstaubbelastung innerhalb der Stadtgrenzen zu verringern.

Gleichzeitig ist die Landeshauptstadt Wiesbaden durch das Regierungspräsidium Darmstadt dazu aufgefordert worden, zur Lärminderungsplanung (basierend auf § 47a BImSchG) Stellung zu nehmen.

Ein Durchfahrverbot für LKW wirkt sowohl gegen die überschrittenen Werte von Feinstaub und Stickoxiden, als auch zur Lärminderung.

Eingedenk dieser Vorbemerkungen wird der Magistrat gebeten

1. Ein generelles Durchfahrverbot für LKW, basierend auf § 45 Absatz 1b Nr. 5 und Abs. 9 Satz 3 StVO i.V.m.§ 47ff. BImSchG, sowie der Stellungnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden zum Lärmaktionsplan, zu verwirklichen.
2. Alle rechtlichen Schritte einvernehmlich mit dem Regierungspräsidium Darmstadt, wie auch dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, einzuleiten.
3. Quell- und Zielverkehr von einer solchen Maßnahme auszulassen.
4. Die Maßnahme auf das gesamte Stadtgebiet auszudehnen, jedoch besonders folgende Straßen mit einzubeziehen:
 - B 40
 - B 43
 - B 54
 - B417
 - B262
 - B263
 - B455

5. 10-F-01-0057

Naziaufmarsch am 08. Mai 2010

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.06.2010 -

Durch die Genehmigung des Naziaufmarschs am 08. Mai 2010 wurde die Glaubwürdigkeit des Magistrats und damit die der gesamten Stadt beschädigt, da diese Entscheidung im Widerspruch zu der bisher gemeinsam getragenen Erinnerungskultur steht.

Trotz mehrerer öffentlicher Verlautbarungen zu diesem Vorgang sind etliche Fragen bis heute ungeklärt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten

- warum der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 25.03.2010 nicht umgesetzt wurde, in dem u. a. der Magistrat gebeten wurde, „alle rechtlichen und organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen, um den geplanten NPD-Aufmarsch zu unterbinden“,
- warum der Versammlungsort der Gegendemonstranten fern ab - also außerhalb der Sicht- und Hörweite - der eigentlichen Nazi-Kundgebung festgelegt und eine Beobachtung der Aktivitäten der Neonazis , insbesondere ihrer Parolen und ihres Auftretens, dadurch unmöglich gemacht wurde,

- wieso bereits drei Wochen vor dem 08. Mai 2010 der NPD-Jugend Erbenheim als Aufmarschgebiet zugesagt wurde, während die Öffentlichkeit und die Stadtverordnetenversammlung darüber keinerlei Informationen erhielten,
- warum die Gegendemonstranten auf der Straßenverbindung zwischen Bierstadt und Erbenheim über einen längeren Zeitraum in überfüllten Bussen zurückgehalten wurden,
- wieso der NPD für ihren Demonstrationzug eine Erbenheimer Straße angeboten wurde, an der bekanntermaßen Stolpersteine zum Gedenken an jüdische Opfer des NS-Gewaltregimes verlegt sind.

Der Magistrat wird aufgefordert, wie in der Vergangenheit alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um zu verdeutlichen, dass neonazistische Organisationen in Wiesbaden nicht willkommen sind.

6. 10-F-03-0003

Ausbau der Infrastruktur für Elektrofahrräder
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.05.2010 -

Vorbemerkung:

Bis zum Jahr 2020 sollen eine Million Elektrofahrzeuge und weitere 500.000 Brennstoffzellenfahrzeuge auf Deutschlands Straßen fahren. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung fördert im Schwerpunkt "Elektromobilität in Modellregionen" insgesamt 8 Städte und Regionen mit 115 Millionen Euro, darunter auch die Modellregion Rhein-Main.

Da wir die umweltverträgliche Mobilität in Wiesbaden fördern möchten, liegt unser Fokus auch auf dem Einsatz von Elektrofahrrädern. Die E-Fahrräder ...

- verursachen geringe Kilometerkosten,
- erhöhen die Reichweite der mit dem Fahrrad zu bewältigenden Distanzen,
- vereinfachen das Fahren in Regionen mit hügeligem Gelände und gestalten es insgesamt attraktiver,
- erleichtern älteren Bürgerinnen und Bürgern das Fahrradfahren,
- sind besonders für den Weg zur Arbeit geeignet (aufgrund der geringeren körperlichen Beanspruchung)
- sind für den Einsatz mit Kinder- oder Lastenanhängern gut geeignet und somit gerade auch für Familienausflüge oder Liefer- und Kurierservice einsetzbar.

Da das Ziel im Hinblick auf umweltfreundliches Verkehrsverhalten nicht der Ersatz herkömmlicher Räder durch E-Fahrräder ist, sondern der Umstieg vom Auto auf das E-Rad, ist der Ausbau der Infrastruktur für Fahrräder unumgänglich. In Hinblick auf die schnellere Geschwindigkeit der E-Fahrräder (Anstieg der Durchschnittsgeschwindigkeit von 12 auf 20 km/h) wäre z.B. der Bau von Schnelltrassen für E-Räder ein Anreiz, Berufspendler zum Umstieg vom Auto aufs Rad zu bewegen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

ein Konzept für den Ausbau der benötigten Infrastruktur für Elektrofahrräder zu erstellen, um den Elektrofahrradverkehr zu fördern. Dieses soll u.a. folgende Punkte beinhalten:

- a. Ausbau und Verdichtung des Radwegenetzes und dessen Ausschilderung
- b. Bau von Schnelltrassen für Fahrräder

- c. Unterstützung des Marketings / einer Förderkampagne, insbesondere auch des E-Fahrradangebots der Fahrradstation am Bahnhof, Anbieten von „Testtagen“ und Beratung für Interessierte
- d. Ausbau des Ladestationen-Netzes (Stichwort: „intelligentes Netz“)
- e. Aufstellen von Informationstafeln
- f. Intensivierung der Zusammenarbeit von Verleih- und Reparaturpartnern auch im Rahmen des Stadtmarketing („Moveloo“)
- g. Aufnahme der E-Fahrräder in den Fuhrpark der LHS Wiesbaden bei Ersatzbeschaffung

7. 10-F-05-0001

Der Wasser- und Aussichtsturm auf der Adolfshöhe in Wiesbaden-Biebrich
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 15.06.2010 -

Bereits am 6.12.1897 wurde der Wasser- und Aussichtsturm auf der Adolfshöhe in Wiesbaden Biebrich eingeweiht. Noch während der Detailplanung erfolgte schon damals der Beschluß den Wasserturm *„architektonisch auszubilden und als Aussichtsturm zu gestalten“*.

Mittlerweile ist der Turm schon seit fast achtzig Jahren funktionslos.

Der gemeinnützige „Förderverein Wiesbadener Aussichtsturm Biebricher Höhe e.V.“ hat es sich mit viel Eigenengagement zum Ziel gesetzt, dieses Wahrzeichen der Stadt als wasserwirtschaftliches Denkmal und als Aussichtsturm der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dieser Einsatz verdient die Unterstützung der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Dazu sind Baumaßnahmen erforderlich, über deren Umfang und Genehmigung der Förderverein gegenwärtig mit den technischen Dienststellen der Stadt verhandelt. Dazu bedarf es aber auch einer bauplanungsrechtlichen Veränderung, denn das Grundstück ist gegenwärtig im Bebauungsplan 1973/2 „Biebrich Drususstraße“ zwar als Gemeinbedarfsfläche, aber nur mit der Zweckbindung „Versorgungsfläche für Wasserwerk“ ausgewiesen.

Daher wird der Magistrat gebeten,

in Zusammenarbeit mit dem „Förderverein Wiesbadener Aussichtsturm Biebricher Höhe e.V.“ die planungsrechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß der Biebricher Wasserturm der Öffentlichkeit als Aussichtsturm zugänglich gemacht werden kann.

8. 10-F-04-0003

Übertragung der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung im Internet
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Die Republikaner vom 15.06.2010 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

Der Magistrat wird beauftragt, die Übertragung der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung im Internet zu ermöglichen.

9. 10-F-06-0035

Gestaltung Brückenkopf Kastel

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 15.06.2010 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert für die Gestaltung des Brückenkopfes Kastel eine Ausführungsvorlage dem Ortsbeirat Mainz-Kastel, den zuständigen Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung sowie der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass

- der im Ortsbeirat von der Verwaltung vorgestellte Entwurf von Zaeske und Huhle bislang keine Zustimmung erhalten hat, u.a. weil Fragen des Brandschutzes hinsichtlich der geplanten PVC-Überdachung von der Verwaltung nicht beantwortet wurden.
- es sich um eine öffentliche Baumaßnahme mit einem Volumen von über 500.000 Euro handelt, die ganz maßgeblichen Einfluss auf das Stadtbild von Mainz-Kastel hat sowie den Stadteingang der hessischen Landeshauptstadt an markanter Stelle (Rheinbrücke zwischen den beiden Landeshauptstädten) darstellt.
- der Ortsbeirat Mainz-Kastel in seinem Beschluss vom 9. März 2010 beantragt hat, die Verlegung der zentralen Bushaltestelle vom Brückenkopf vor den Bahnhof zu prüfen (ähnlich der Lösung auf der Mainzer Seite des Brückenkopfes).

10. 10-V-36-0007

DL 16/10-3, 14/10-5

Realisierung des regenerativen Energien Projektes "Bürgersolaranlagen in Wiesbaden"

hier: Wahl von Mitgliedern und Stellvertreter/innen für den Aufsichtsrat der Bürgersolaranlagen GmbH

11. 10-V-08-0003

DL 18/10-2, 01/10-2

Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes 2010 - 2015

12. 10-F-06-0031

Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses zur Klärung des Genehmigungsverfahrens JN-Demonstration und Kundgebung in Wiesbaden am 08.05.2010

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 02.06.2010 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Gemäß § 50 Abs. 2 HGO wird ein Akteneinsichtsausschuss gebildet, der sich mit dem Verwaltungshandeln der Landeshauptstadt Wiesbaden im Zusammenhang mit dem Genehmigungsverfahren JN-Demonstration und Kundgebung in Wiesbaden am 08.05.2010 (Zeitraum: Anmeldung im Februar bis zum Abschluss der Veranstaltung) in Erbenheim befassen soll.

Insbesondere ist dabei zu prüfen:

1. Mit welcher Thematik, mit welchen Rednern und für welche Orte waren die Kundgebung und die Demonstration angemeldet worden?
2. Unter welchen Gesichtspunkten ist geprüft worden, ob die beantragten Veranstaltungen genehmigt werden, verboten werden oder mit Auflagen versehen werden sollen?
3. Wer war mit solchen Prüfungen beauftragt gewesen? Wurde das städtische Rechtsamt oder wurden Rechtsanwälte mit der Prüfung beauftragt? Welche Stellen/Behörden wurden wegen Auskünften zu der JN-Veranstaltung kontaktiert und welche Informationen wurden konkret eingeholt?
4. Ab wann war bekannt gewesen, dass als Hauptredner Udo Pastörs sprechen soll?
5. Wurde in Bezug auf ihn und die anderen Redner eine Prüfung vorgenommen, ob wegen zu erwartender Redebeiträge Verbote oder Auflagen in Frage kommen könnten?
6. Was waren die Verbotsgründe für den Innenstadtbereich - wurden diese als "gerichtsfest" oder "nicht gerichtsfest" angesehen und wenn ja, warum?
7. Wer hat wann und wie entschieden, dass der JN ein alternativer Demonstrationsbereich am Airfield und in Alt-Erbenheim angeboten werden soll? Ist dies mit dem Magistrat, dem Oberbürgermeister und ggf. dem Innenministerium abgeklärt und festgelegt worden?
8. In welchem Kooperationsgespräch und mit welchem Inhalt haben sich die Vertreter der JN zu dem angebotenen Bereich in Erbenheim und am Airfield geäußert? Wie ist dies schriftlich niedergelegt worden?
9. War infolge dessen sicher feststehend oder absehbar gewesen, dass die JN den Inhalt der Verfügung vom 25.3.2010 (Erbenheim anstelle der Innenstadt) akzeptieren würde?
10. Welche Auflagen wurden sonst noch am 25.3. verfügt?
11. Waren dem Magistrat (Ordnungsamt) vor dem Kooperationsgespräch im März und dem Bescheid vom 25. März 2010 Parlamentsanträge vom 17.3. (Linke Liste) und 24.3.2010 (CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP) bekannt gewesen? Hiernach ist unter Ziff. 5 am 25.3.2010 beschlossen worden: "Der Magistrat wird aufgefordert, alle rechtlichen und organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen, um den geplanten NPD-Aufmarsch zu unterbinden". Warum hat das Ordnungsamt diesen Beschluss nicht abgewartet, sondern bereits zuvor Vereinbarungen getroffen und Verfügungen erlassen?
12. Was ist nach der Verfügung und der Beschlussfassung des Parlaments vom 25.3.2010 bis zum 8.5.2010 veranlasst und geprüft worden, um neue Erkenntnisse zu gewinnen, die ein Verbot oder Auflagen hätten begründen können? Sind insofern im Besonderen bereits publik gemachte Reden und das Strafverfahren gegen Udo Pastörs geprüft worden? Bekanntlich wurde er am 6.5.2010 wegen Volksverhetzung verurteilt. Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
13. Wie lassen sich die Vereinbarung des Ordnungsamtes und die Verfügung vom 25.3.2010 mit dem Parlamentsbeschluss vom 25.9.2008 vereinbaren: "Die Erinnerung an diese Verbrechen mahnt uns eindringlich, jede Form von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus engagiert zu bekämpfen und keinerlei Toleranz zu üben gegenüber jedweden Versuchen der NPD und anderer rechtsextremistischer und neonazistischer Gruppen ihre widerwärtige Propaganda zu verbreiten."?

14. Wer hat entschieden und warum geschah dies, dass über die Vereinbarung des Demonstrationsortes Erbenheim und die dementsprechende Verfügung vom 25.3.2010 weder das Rhein-Main-Bündnis noch die Öffentlichkeit bzw. Magistrat und Gemeindevertretung informiert worden sind und gar im Kooperationsprotokoll vom 14.4.2010 dem Bündnis gegenüber der unzutreffende Eindruck erweckt worden ist, als würde man ausschließlich vorhaben, die JN "in Richtung Airfield" zu bekommen?
15. Wie kam es, dass in Alt-Erbenheim eine Demonstrationsroute ausgearbeitet worden ist, die an "Stolpersteinen" entlangführt? Welche Begründung gab es hierfür, wer ist hierfür verantwortlich?
16. Durch wen und in welcher Weise ist sichergestellt worden, dass während der gesamten Veranstaltung der JN deren gesamtes Auftreten überprüft und bewertet wird in Bezug auf strafbare Handlungen, Verbotsgründe oder sonstige Auflagen? Was wurde insofern geprüft und warum wurde kein Anlass gesehen, in irgendeiner Weise einzuschreiten?
17. Trifft es zu, dass man sich wegen des Verbots des für den 8.5. beantragten Mahnganges und der Mahnwache maßgeblich auf Auskünfte der Polizei verlassen hat?
18. Hätte es themenmäßig nicht näher gelegen, Mahngang und Mahnwache (letztere für den ganzen 8.5. beantragt), in Bezug auf das Datum 8. Mai den Vorrang zu geben und deswegen den Aufzug der JN in Alt-Erbenheim nachträglich zu verbieten? Warum geschah dies nicht?

Als Akteneinsichtsausschuss wird der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration bestimmt.

13. 10-F-25-0073

Rentenzahlungen für SGB-II-Bezieherinnen und Bezieher
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 14.06.2010 -

Im Rahmen ihres Sparkurses plant die Bundesregierung den Wegfall des Rentenversicherungsbeitrags für SGB-II-Bezieherinnen und Bezieher. Dies führt nicht zu aktuellen Leistungskürzungen für die Betroffenen, aber dazu, dass noch mehr Menschen auf die Grundsicherung im Alter angewiesen sein werden. Kosten werden also lediglich verlagert. Verlagerung anstelle von Sanierung ist aber keine seriöse Finanzpolitik. Auf die Kommunen kämen zudem hierdurch erhebliche finanzielle Mehrbelastungen zu. Damit würden erneut von übergeordneter Ebene Kosten bei den Kommunen „abgeladen“, die jedoch schon längst an der Grenze ihrer finanziellen Handlungsfähigkeit angekommen sind.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung missbilligt die zunehmende Neigung übergeordneter staatlicher Ebenen, den Kommunen zusätzliche finanzielle Lasten aufzubürden und fordert daher sowohl den Bund als auch das Land Hessen auf, alles zu unterlassen, was die finanzielle Handlungsfähigkeit der Landeshauptstadt Wiesbaden gefährden könnte.
2. der Magistrat wird aufgefordert - ggf. im Verbund mit dem Deutschen Städtetag - zu berichten, welche finanziellen Folgen der angekündigte Wegfall der Rentenbeiträge für SGB-II-Bezieherinnen und Bezieher für die Landeshauptstadt Wiesbaden hätte.

14. 10-F-04-0004

Einführung eines vegetarischen Tages pro Woche für Küchen im städtischen Einflussbereich
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Die Republikaner vom 15.06.2010 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, zu veranlassen, dass in sämtlichen Küchen im städtischen Einflussbereich einmal pro Woche fleischlos gekocht wird.

15. 10-F-01-0056

Kommunalen Klinikverbund vorantreiben
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.06.2010 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung hält an dem Ziel fest, einen kommunalen Klinikverbund unter Einbeziehung der Dr. Horst Schmidt Kliniken voranzutreiben.
2. Der Magistrat wird gebeten zu berichten,
 - welche Faktoren zu einer - in der Presse angekündigten - Verzögerung der Verhandlungen über einen Verbund geführt haben und
 - wann den städtischen Körperschaften ein beschlussreifes Verhandlungsergebnis vorgelegt werden soll.
3. Darüber hinaus wird der Magistrat gebeten, die Stadtverordnetenversammlung - über den Gesundheitsausschuss - kontinuierlich über den Sachstand auf dem Laufenden zu halten.

16. 10-F-01-0058

Information über überregionale Projekte
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.06.2010 -

Überregionale Projekte, z.B. im Straßen-, Schienen- und Luftverkehr, betreffen eine Kommune und ihre Bevölkerung in nicht unerheblichem Maße. In der Vergangenheit wurden solche Projekte (z.B. Neubau der Schiersteiner Brücke mit Lärmschutzmaßnahmen) von der LH Wiesbaden z.T. oft nur Amts- bzw. Dezernatsintern bearbeitet, ohne dass die demokratisch gewählten Gremien beteiligt wurden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die städtischen Gremien (Ortsbeiräte, Stadtverordnetenversammlung) frühzeitig über die LH Wiesbaden betreffende Projekte von überregionaler Bedeutung in Kenntnis zu setzen, um diesen vor Ablauf der Fristen für Stellungnahmen oder Einwendungen eine Beratung zu ermöglichen.

**Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die
Antrag stellenden Fraktionen verantwortlich.**

Tagesordnung II

1. **09-V-40-0047** **DL 17/10-1**
Freie Waldorfschule Wiesbaden, Vertragsverhandlungen

2. **09-V-51-0076** **DL 17/10-2**
Bericht Tagesbetreuung für Kinder 2008/2009

3. **09-V-51-0089** **DL 17/10-3**
Abschluss der Mietverträge für die Standorte Soziale Dienste NORD in der Luisenstraße 23 und WEST in der Dotzheimer Straße 97-99

4. **10-F-25-0012** **DL 18/10-1**
Demografische Anforderungen an die Pflegeberufe
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 28.01.2010 -; HIER: Beschluss des Ausschusses für Soziales

ANLAGE

5. **10-F-25-0027** **DL 19/10-2**
Anfertigung und Veröffentlichung von Fotos von Straßenzügen und Häuseransichten durch Google für den sog. Street-View-Dienst
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 16.03.2010 -; HIER: Beschluss des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration

ANLAGE

6. **10-V-01-0007** **DL 19/10-3**
Zuschuss für die Turntalentschule Wiesbaden des Turnerbundes Wiesbaden J.P.

7. **10-V-07-0001** **DL 17/10-6**
Bekämpfung illegaler Farbschmierereien - Wiesbadener Modell zum Umgang mit illegalen Farbschmierereien
8. **10-V-08-0005** **DL 17/10-7**
Unterbringung der Doppeljahrgänge G 8 - G 9 an den Gymnasien und Beseitigung von Raumengpässen an dem Beruflichen Gymnasium
9. **10-V-10-0012** **DL 20/10-1**
Sanierung des Rathausbalkons; Freigabe von Mitteln des Hauptamtes
10. **10-V-12-0002** **DL 18/10-3**
Einrichtung einer Erhebungsstelle für den Zensus 2011
ANLAGE
11. **10-V-20-0006** **DL 19/10-4, 18/10-4**
Investitionscontrolling 4. Quartal 2009
12. **10-V-20-0019** **DL 19/10-5**
Investitionscontrolling 1. Quartal 2010
13. **10-V-20-0020** **DL 17/10-8**
Prüfung der wirtschaftlichen Betätigung der Landeshauptstadt Wiesbaden gemäß § 121 (7) HGO
14. **10-V-20-0022** **DL 17/10-9**
Übersicht der durch den Magistrat bis 31.03.2010 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

- 15. 10-V-20-0023** **DL 17/10-10**
Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.03.2010 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben
- 16. 10-V-20-0028** **DL 19/10-6**
Jahresabschluss der Landeshauptstadt Wiesbaden zum 31.12.2008
ANLAGE
- 17. 10-V-20-0031** **DL 20/10-2**
Konjunkturprogramme Bund und Land - aktuelle Veränderungen der finanziellen Wirkungen
- 18. 10-V-36-0005** **DL 17/10-11**
Windpotentialstudie- fachliche Prüfung und Bewertung zur Windenergienutzung in der Landeshauptstadt Wiesbaden
- 19. 10-V-36-0008** **DL 19/10-8**
Freigabe der Mittel für die Förderung der Nutzung und Pflege von Streuobstwiesen sowie zur Förderung von Artenschutzmaßnahmen
- 20. 10-V-36-0011** **DL 20/10-4, 19/10-9**
Stellungnahme zum Lärmaktionsplan für die Landeshauptstadt Wiesbaden
- 21. 10-V-40-0014** **DL 18/10-7**
Johannes-Maaß-Schule; Neubau und Brandschutzmaßnahmen - Grundsatzvorlage -
- 22. 10-V-41-0012** **DL 18/10-8**
Vorabfreigabe 2010 Bereich Kultur III. Quartal 2010

- 23. 10-V-51-0001** **DL 20/10-5**
Faulbrunnenplatz; "Soziale Stadt, Inneres Westend" , Neugestaltung des Faulbrunnenplatzes, Planung und Umsetzung der Baumaßnahme
- 24. 10-V-51-0008** **DL 18/10-9**
Schaffung weiterer Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren in der Kindertagesstätte der Ev. Ringkirchengemeinde
- 25. 10-V-51-0009** **DL 18/10-10**
Schaffung weiterer Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren in der Kindertagesstätte der Ev. Kirchengemeinde Heilig Geist
- 26. 10-V-51-0012** **DL 18/10-11**
Energetische Modernisierung des Nachbarschaftshauses in der Rathausstraße 10, Wiesbaden-Biebrich, mit Förderung aus dem Bund-Länder-Programm zur Förderung der energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen - Investitionspakt; Programmbereich II
- 27. 10-V-51-0018** **DL 20/10-6**
Wohnungsbauprogramm 2008 Ausführungsvorlage
- 28. 10-V-51-0019** **DL 18/10-12**
Schutzauftrag bei Kinderwohlgefährdung; Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 24.02.2010
- 29. 10-V-51-0021** **DL 19/10-10**
Dynamisierung des Leistungsvertrages mit dem Ev. Dekanant bezüglich Schulsozialarbeit an der Ludwig-Erhard-Schule
- 30. 10-V-51-0025** **DL 20/10-7**
" Soziale Stadt Inneres Westend "; Gestaltungsmaßnahmen im öffentlichen Raum, Baumscheiben Bleichstraße

- 31. 10-V-51-0028** **DL 20/10-8**
Kleinere Gruppen, mehr Erzieher: Konnexitätsprinzip bei der Umsetzung der Kita-Mindestverordnung einhalten
- 32. 10-V-52-0010** **DL 19/10-11**
Bau und Sanierung von Kunstrasenplätzen
ANLAGE
- 33. 10-V-52-0011** **DL 18/10-13**
Zuschuss für die Beschäftigung eines Übungsleiters aus dem Projekt "Übungsleiter"
- 34. 10-V-61-0024** **DL 18/10-14**
Städtebaulicher Vertrag mit der R+V- Lebensversicherung AG zur Realisierung der Platzgestaltung an der John-F.-Kennedy-Straße in Wiesbaden Süd-Ost
- 35. 10-V-66-0308** **DL 19/10-14**
Beseitigung der akuten Frostschäden 2010 in Wiesbaden und AKK
- 36. 10-V-67-0001** **DL 18/10-15**
Bekämpfung der Massaria-Krankheit an Platanen
- 37. 10-V-70-0003** **DL 19/10-15**
Deponieabschnitt I - Ermittlung des Rohstoffpotentials der abgelagerten Abfälle und Erstellung eines Konzeptes zur Rückgewinnung der Rohstoffe und zur Weiternutzung der frei werdenden Flächen
- 38. 10-V-70-0004** **DL 19/10-16**
Überarbeitete Wirtschaftspläne 2010/2011

39. 10-V-80-8004 **DL 18/10-16**

Partnerschaft mit der Forum KIEDRICH GmbH

40. 10-V-80-8006 **DL 18/10-17**

Fortsetzung Lernwerkstatt im Schuljahr 2010/2011

41. 10-V-82-0001 **DL 14/10-12**

128. Vergleichende Prüfung 'Kurparke' - Umsetzung der Empfehlungen aus dem Schlussbericht des Präsidenten des Hessischen Rechnungshofs vom 5. März 2009

Tagesordnung III

1. 09-V-61-0004 **DL 17/10-4**

Flächennutzungsplanänderung "Mainzer Straße, Bereich D, Südlich der Welfenstraße" im Ortsbezirk Südost - Feststellungsbeschluss -

2. 09-V-61-0005 **DL 17/10-5**

Bebauungsplan "Mainzer Straße Bereich D - südlich der Welfenstraße" im Ortsbezirk Wiesbaden-Südost - Satzungsbeschluss

3. 09-V-61-0053 **DL 19/10-1, 13/10-5**

Bebauungsplan "Aspenborn und Diebebaum " im Ortsbezirk Rambach; Aufstellungsbeschluss und Beschluss über die öffentliche Auslegung

4. 10-V-30-0008 **DL 18/10-5**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk III Wiesbaden-Bierstadt

5. **10-V-30-0009** **DL 18/10-6**
Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk III Wiesbaden-Bierstadt
6. **10-V-30-0010** **DL 19/10-7**
Vorschlag für die Wahl zweier Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk I
7. **10-V-30-0011** **DL 20/10-3**
Vorschlag für die Wahl zweier Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk II (Wiesbaden-Biebrich)
8. **10-V-61-0009** **DL 19/10-12**
Vorhabenbezogener Bebauungsplan Biomasse Heizkraftwerk im Ortsbezirk Biebrich
- Beschluss über den Antrag auf Einleitung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes nach § 12 Baugesetzbuch (BauGB) sowie - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
- ANLAGE**
9. **10-V-61-0014** **DL 19/10-13**
Beschluss über die Änderung und öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes "Steinkippel" im Ortsbezirk Dotzheim
10. **10-V-61-0028** **DL 20/10-9**
Bebauungsplan "Platz der Deutschen Einheit" im Ortsbezirk Westend / Bleichstraße
- Beschluss über die 2. öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes -
11. **10-V-82-0002** **DL 18/10-18**
Carol-Nachman-Preis; Neue Satzung und Berufung des Kuratoriums

Tagesordnung IV

- | | | |
|----|--|----------------------|
| 1. | 10-V-20-0024 | DL 18/10-1 NÖ |
| | Änderung des Gesellschaftszwecks | |
| 2. | 10-V-20-0026 | DL 19/10-2 NÖ |
| | Alten- und Pflegeheim AKK | |
| 3. | 10-V-67-0007 | DL 19/10-3 NÖ |
| | Freigabe / Genehmigung von Mitteln zur Reinigung und Unterhaltung von Grün- und Platzflächen | |
| 4. | 10-V-80-2308 | DL 20/10-1 NÖ |
| | Vergabe eines Erbbaurechts | |
| 5. | 10-V-80-2311 | DL 20/10-2 NÖ |
| | Verkauf eines Hausgrundstücks | |
| 6. | 10-V-80-2312 | DL 20/10-3 NÖ |
| | Verkauf eines Hausgrundstücks | |
| 7. | 10-V-80-2315 | DL 20/10-4 NÖ |
| | Veräußerung von Gewerbegrundstücken | |

Hinweise:

Die Wahl zu Tagesordnungspunkt 10 der Tagesordnung I findet vor der Pause statt.

Der Schulentwicklungsplan (Tagesordnungspunkt 11 der Tagesordnung I) wird nach der Pause beraten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Seite 17 der Einladung zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 24. Juni 2010

Stadtverordnetenvorsteher